

Soziale Politik für alle – Veränderung beginnt vor Ort

5

– Antrag des AK Kommunalwahl an den Landesrat

10 I. DIE LINKE will in Nordrhein-Westfalen in flächendeckend zur Kommunalwahl kandidieren. Wir wollen uns als DIE LINKE mit offenen Listen zur Wahl stellen und laden alle ein, die unser Programm und unsere Anliegen unterstützen wollen, dabei mitzuwirken.

II. Die Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen wird nach folgendem Zeitplan vorbereitet:

- 15 ▪ die Fortführung der kommunalpolitischen Seminare im Jahr 2008,
- Bildung von Wahlkampffonds in den Kreisverbänden, die MandatsträgerInnen haben, ab sofort,
- Erarbeitung eines Entwurfs für ein kommunalpolitisches Rahmenprogramm bis zum Juni 2008,
- 20 ▪ Diskussion des Programmentwurfs in den Kreis- und Ortsverbänden bis Ende August 2008,
- Kommunalpolitische Konferenz zum Rahmenwahlprogramm Ende August 2008,
- Beschlussfassung über das Rahmenwahlprogramm auf dem 1. ordentlichen Landesparteitag im Oktober 2008,
- eine Konferenz der Wahlkampfverantwortlichen zu den Anforderungen an unsere Kandidatinnen und Kandidaten Ende Oktober 2008,
- 25 ▪ Erarbeitung der örtlichen Wahlprogramme und Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten in den Kreisverbänden vom November 2008 bis spätestens Februar 2009,
- Erarbeitung eines landesweiten Wahlkampf-Materialangebots bis März 2009. Dieses Angebot schließt die Möglichkeit lokaler Varianten ein. Unser Wahlkampf findet zeitgleich mit der Europawahl statt, das Material muss also sowohl zum
- 30 ▪ Europawahlkampf passen als sich auch davon abheben.
- ein Schulungs- und Seminarprogramm für die gewählten MandatsträgerInnen im August/September 2009.

35 III. Unser Rahmenwahlprogramm soll von folgenden Grundsätzen ausgehen und unsere Positionen zu den im Folgenden angerissenen und knapp skizzierten Politikfeldern darstellen:

DIE LINKE steht für soziale Gerechtigkeit vor Ort und für mehr kommunale Demokratie

40

DIE LINKE steht in Nordrhein-Westfalen für eine soziale, ökologische und solidarische Politik. Wir haben Alternativen zur Wirtschafts-, Gesellschafts- und Stadtentwicklungspolitik der etablierten Parteien. Wir wenden uns gegen eine Politik der Verarmung und Spaltung, der Ausgrenzung und Demütigung, wie sie die Situation in den

45 Städte und Gemeinden unseres Landes bestimmt. Wir wollen dafür wirken, dass die Städte und Gemeinden Lebensorte sind, in denen niemand in die soziale Isolation

50 gedrängt wird. Die soziale, kulturelle und demokratische Teilhabe für alle, die in der
Kommune leben, muss gesichert werden.

Soziale Gerechtigkeit vor Ort heißt:

- 55 ▪ Soziale, solidarische und ökologische Kommunen, die Arbeit, Wohnen, Gesundheit,
Bildung, umweltfreundliche Mobilität, Kultur und Freizeit für Alle ermöglichen;
- Eine öffentliche Daseinsvorsorge in demokratischer Kontrolle und die Rücknahme der
Privatisierungen, damit grundlegende Lebensumstände für alle gesichert sind;
- Das NEIN zu den Hartz-Gesetzen, und – solange diese Gesetze noch in Kraft sind –
die Dämpfung ihrer unsozialen Folgen;
- 60 ▪ Interkulturelle Städte und Gemeinden, die Menschen mit Migrationshintergrund und
Flüchtlingen gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen und
Sicherheit bieten statt Ausgrenzung.
- Ein Zugang zu sozialer und schulischer Bildung, der unabhängig ist vom Geldbeutel
der Eltern ist – die Versorgung mit Ganztagsplätzen in Kindergärten und Schulen
muss für alle gesichert sein, Verpflegung und Lernmittel müssen allen Kindern und
65 Jugendlichen zur Verfügung stehen.
- Demokratische Mitwirkung in Stadt und Land, damit Einwohnerinnen und Einwohner
auch außerhalb von Wahlen an grundsätzlichen Entscheidungen und an der
Haushaltsplanung beteiligt sind;

Wir wollen soziale und lebenswerte Städte und Gemeinden in ganz Nordrhein-Westfalen.

- 70 1. Öffentliche Daseinsvorsorge ist unumgänglich – Nein zu Privatisierung von
kommunalen Betrieben und Verwaltungen, für Rekommunalisierung
2. Wirtschaft und Arbeitsmarkt:
 - Die Kommunen sind wichtige Arbeitgeber und Auftraggeber, Beschäftigung und
Auftragsvergabe muss soziale und ökologische Standards einhalten;
 - 75 - Wirtschaftsförderung und Arbeitsmarktpolitik muss sich an den Interessen der
abhängig Beschäftigten orientieren, wer öffentliche Gelder erhält, muss die
Mitsprache der öffentlichen Hand sicherstellen
 - Umwandlung von 1-Euro-Jobs in versicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse, kein
Abbau von Stammpersonal zugunsten von 1-Euro-Jobs
- 80 3. Soziales: Armut bekämpfen, der Entwürdigung entgegenzutreten, menschenwürdiges
Leben muss für alle möglich sein:
 - Sozialhilfe / Alg II – Keine schikanöse und entwürdigende Behandlung, für
Sozialpass und Sozialtarif
 - Wohnen; Gesundheit, Kinderarmut und Altersarmut
- 85 4. Stadtentwicklung:
 - Eine solidarische Stadtentwicklung muss sich an der Lebensqualität der
Einwohner/innen und nicht an den Interessen der Konzerne und Banken orientieren.
 - Unterschiedliche Aufgaben in schrumpfenden und wachsenden Städten
- 90 5. Umwelt:
Wir setzen uns ein für den Erhalt der Landschaft und des städtischen Grüns als
Erholungsbereiche und ökologisch unabdingbar, ebenso für Abfallvermeidung,
Energieeinsparung, regenerative Energieformen sowie einen ausreichenden und
erschwinglichen ÖPNV auch auf dem Land und in den Städten die Eindämmung
des Auto- und die Förderung des Fahrradverkehrs.
- 95 6. Verkehr – ÖPNV zu erschwinglichen Preisen, bezahlbare und qualitativ gute
Lösungen fürs Land finden, Eindämmung des Autoverkehrs in den Orten

7. Kindergärten, Kindertagesstätten und Schule müssen gut, integrativ, ausreichend und zugänglich für alle sein;
- 100 8. Mehr Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche, für mehr Jugendzentren, Förderung von alternativer Jugendkultur, bessere Zukunftschancen, Ausbildungsplätze
9. Frauen
10. Behinderte
- 105 11. Senioren
12. Kultur und Sport sind grundlegende Lebensäußerungen, die allen zugänglich sein müssen
13. Kommunale Demokratie – für mehr direkte Mitwirkung, Beteiligungshaushalte, Wahlrecht für alle, die in der Gemeinde leben
- 110 14. Weitere Themen: Frieden (Cities for Peace); Antifaschismus (pro braun stoppen); ...
15. Die Finanzsituation der Kommunen ist katastrophal – die Bedingungen, die Bund und Land setzen, treiben die Gemeinden in den Ruin.
16. Selbstverständnis linker Kommunalpolitik – Bedingungen, die Bundes- und Landespolitik setzen, Regionalentwicklung; Bodenpreise und Grundrente, Gemeindeordnung und Verwaltungsstrukturreform
- 115